



Pressezusammenfassung

zum

Jahresbericht 2009

Finanzkrise und Staatshaushalt

Bayerische Landesbank (TNr. 21)

Der Staat als Retter in der Not.

Obwohl die BayernLB bereits im April 2008 von Wertminderungen von bis zu 4,3 Mrd. € ausging, erhielten die beiden Eigentümer, der Freistaat Bayern und der bayerische Sparkassenverband, im September 2008 je 57 Mio. € aus dem „Jahresüberschuss“ 2007. Dieser Überschuss konnte nur durch „Bilanzakrobatik“ erzielt werden. Eigentlich wäre ein Verlust von mindestens 700 Mio. € entstanden. Die Bank musste ab Ende 2008 vom Freistaat gestützt werden, um deren Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Sie erhielt unter anderem eine Kapitalzufuhr von 10 Mrd. € und Garantien von 4,8 Mrd. €. Der Sparkassenverband beteiligte sich an den Finanzhilfen nicht.

Wenn die Beteiligungsverhältnisse an der Bank zwischen Sparkassenverband und Staat endgültig neu festgelegt werden, muss angemessen berücksichtigt werden, dass allein der Freistaat Bayern eine Insolvenz der BayernLB abgewendet hat.

Verschuldung (TNr. 9)

Staatliche Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen (TNr. 11)

Finanzmarktkrise (TNr. 12)

Hohe Schulden und hohe Haftungsrisiken -

Ein Tilgungsplan muss her!

Die Finanzmarktkrise und insbesondere die Probleme der BayernLB führen dazu, dass in erheblichem Umfang neue Schulden gemacht werden müssen. Durch die kreditfinanzierte Kapitalzuführung von 10 Mrd. € an die BayernLB erhöhen sich Bayerns Schulden um fast 50 % von rd. 24 Mrd.

auf ca. 34 Mrd. €.

Hinzu kommt: Der Staat hat seine Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen erheblich ausgeweitet. Der maximale Gesamthaftungsbetrag belief sich Ende 2008 auf rd. 11,5 Mrd. €. Die Risiken für heutige und künftige Haushalte sind enorm.

Der ORH fordert:

- strikte Haushaltsdisziplin;
- die Bürgschafts- und Garantierisiken bei der Aufstellung künftiger Haushalte zu berücksichtigen;
- einen Tilgungsplan, wie der 10-Milliarden-Kredit für die BayernLB zurückgezahlt werden soll.

Rücklagen und Fonds (TNR. 8)

Rücklagen? Bereits verplant!

Aufgrund der im Jahr 2008 erneut gestiegenen Steuereinnahmen konnte die Haushaltssicherungsrücklage zunächst weiter verstärkt werden. Diese betrug Ende 2008 rd. 4 Mrd. €. Doch das Geld ist schon wieder verplant und ausgegeben: 3,3 Mrd. € werden benötigt, um die Finanzierungslücke im aktuellen Doppelhaushalt 2009/2010 zu schließen. Der Rest wird für Zinszahlungen aufgrund der drastisch angestiegenen Staatsverschuldung benötigt.

Steuerverwaltung

Mangelhafte Besteuerungsverfahren bei Personengesellschaften (TNR. 24)

Vertrauen ist gut - Kontrolle hier in jedem Fall besser!

Bei den sog. "Steuersparfonds" erklären die Gesellschaften regelmäßig hohe Verluste, die sich für die einzelnen Gesellschafter steuermindernd auswirken. Ob die Angaben der "Steuersparfonds" stimmen, können die Finanzämter praktisch nicht prüfen. Sie müssen sich auf die Angaben der Gesellschaften verlassen. Diese Praxis birgt für den Staat unvermeidbar hohe Risiken von Steuerausfällen. Der ORH fordert: Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden; eine elektronische Datenverarbeitung würde helfen.

Mängel bei der Erhebung der Grunderwerbsteuer (TNr. 25)

Bei mehr Kommunikation mehr Steuereinnahmen!

Der ORH hat festgestellt: Oft erhalten Finanzbeamte Informationen über Sachverhalte, die Grunderwerbsteuer auslösen. Dies kann z. B. bei der Übertragung von Gesellschaftsanteilen oder bei der Verschmelzung von Genossenschaften der Fall sein. Leider werden diese Kenntnisse nicht immer an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Dies führt dazu, dass die Steuer nicht festgesetzt wird und dem Staat Einnahmen entgehen. Allein die Stichproben des ORH führten zu nachträglichen Steuerfestsetzungen von über 1 Mio. €.

Veranlagungsstellen für Körperschaften umorganisieren (TNr. 26)

Arbeitskräfte dort einsetzen, wo sie am meisten bringen!

Die Körperschaftsteuerstellen müssen neu organisiert und das frei werdende Personal in der Betriebsprüfung eingesetzt werden. Die Betriebsprüfung von Kapitalgesellschaften führt zu Mehrergebnissen von rd. 96.000 € pro Fall. Dort fehlen aber über 10 % an Personal; die Körperschaftsteuerstellen sind dagegen leicht überbesetzt.

Regelungsbedarf

Unzureichende Projektsteuerung bei der Neuorganisation der Alarmierung von Rettungsdienst und Feuerwehr (TNr. 17)

Wer nicht steuert, findet nicht ans Ziel!

Feuerwehr und Rettungsdienste sollten bis 2006 einheitlich unter der Tel. Nr. 112 zu erreichen sein. Die Notrufe sollen bei 26 neuen Integrierten Leitstellen (ILS) eingehen und von dort koordiniert werden. Nur wenn die neuen ILS reibungslos funktionieren, kann dem Bürger in Notsituationen schnell und effektiv geholfen werden.

Tatsächlich waren im Juni 2009 gerade mal $\frac{1}{3}$ der ILS in Betrieb. Mit fast 70 Mio. € haben sich die Investitionskosten fast verdoppelt. Technische Probleme, ungeschultes Personal und Streitigkeiten über die Kostenverteilung erschweren den Betrieb.

Das Innenministerium muss das Projekt endlich konsequent vorantreiben!

Defizite beim Schutz des Waldes (TNr. 28)

Angefressen: Der Wald

Seit Jahrzehnten befasst sich der ORH mit diesem Thema. Die Verbissbelastung durch Wild in den Wäldern ist nach wie vor untragbar hoch. Das verletzt den gesetzlichen Grundsatz „Wald vor Wild“. Das Landwirtschaftsministerium muss endlich eingreifen. Der Vollzug wird durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten erschwert: Die Forstbehörden sind für den Wald zuständig und erstellen sog. „Verbissgutachten“ und darauf aufbauend Abschussempfehlungen. Die Jagdbehörden stellen Abschusspläne auf, kontrollieren aber nicht konsequent, ob diese auch eingehalten werden. Der ORH fordert durch eine Gesetzesänderung die Zuständigkeiten einheitlich auf die Forstbehörden zu übertragen.

Mangelhafter Vollzug des Schulfinanzierungsgesetzes bei Heimkostenzuschüssen (TNr. 19)

Der Staat zahlt zu Unrecht für die Kommunen!

Das Kultusministerium hält zwar selbst seit 1976 die Unterbringung von Förderschülern in Tagesstätten für nicht notwendig, bezuschusst diesen Bereich aber dennoch mit jährlich ca. 4 Mio. €. Der Staat erstattet darüber hinaus den Kommunen Unterbringungskosten für Schüler von jährlich ca. 5,5 Mio. €, obwohl die Kommunen diese Kosten selbst hätten tragen müssen.

Förderung von Baumaßnahmen privater Schulen (TNr. 18)

Auffällig: Zahlt der Staat 100 %, wird der Bau deutlich teurer!

Das Kultusministerium sollte handeln und den Baukostenersatz für private Schulen pauschal regeln. Bei Bauten privater Schulen bezahlt der Staat zwischen 50 und 100 %. Jährlich werden hier rd. 60 Mio. € ausgegeben. Auffällig ist, dass bei Baumaßnahmen, die der Staat zu 100 % finanziert, die Kosten bis zu 15 % höher liegen als bei solchen, die nur anteilig bezuschusst werden. Dem könnte abgeholfen werden, wenn einheitliche Kostenrichtwerte festgelegt würden.

Geldgeber Staat

Zukunft der staatlichen Spielbanken (TNr. 22)

Spielen - um jeden Preis?

Die neun staatlichen Spielbanken verzeichnen seit 2008 massive Ergebniseinbrüche. Die Spielbanken in Bad Steben und Bad Kötzing machen seit ihrer Eröffnung nur Verluste; 2008 waren es 2,9 bzw. 3,4 Mio. €. Der ORH fordert: Spielbanken, die Verluste machen, sollten geschlossen werden. Auch die anderen sieben Spielbanken sind überwiegend defizitär; hier ist eine Neuausrichtung notwendig.

Zukunft der Staatsbäder (TNr. 23)

Bademeister Staat

Der Betrieb von Staatsbädern ist keine staatliche Aufgabe. Trotzdem hat der Staat seit 1997 in seine fünf Bäder fast 200 Mio. € gesteckt. Damit sind die Belastungen für den Staatshaushalt weiter gestiegen. An sich sollte eine Reform der Staatsbäder, die seit 1995 durchgeführt worden war, die Belastungen für den Staatshaushalt verringern. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Der Staat sollte seine Beteiligung an den fünf Staatsbädern vollständig aufgeben.

Mängel bei der ESF-Förderung von Volkshochschulen (TNr. 20)

Das ist nicht im Sinne des Erfinders!

Volkshochschulen erhalten Geld von der Europäischen Union für neue und innovative Projekte zur Verbesserung des Arbeitsmarktes. Mit diesen Mitteln wurden aber Französischkurse gefördert, die seit über 20 Jahren angeboten werden. Wo ist da die Innovation? Außerdem haben manche Volkshochschulen zu hohe Personalkosten auf die geförderten Projekte gebucht, so dass eine Unterrichtseinheit bis zu rd. 1.000 € gekostet hat. Zuviel ausgereichte Fördermittel sind zurückzuzahlen.

Zukunft des Automobiltechnikums Bayern (TNr. 27)

Bitte kein Fass ohne Boden!

Der ORH hat erhebliche Zweifel, ob das Automobiltechnikum Bayern (ATB) wirtschaftlich überlebensfähig ist. Für Errichtung und Betrieb des ATB wurden bisher 10 Mio. € aus der Staatskasse ausgegeben. Dieses Geld wird in Kürze vollständig verbraucht sein. Das ATB hat seit seiner

Gründung 2003 noch nie ein auch nur annähernd ausgeglichenes Betriebsergebnis erreicht. Eine wesentliche Ursache liegt in der unzureichenden Kalkulation der Preise. Das ATB bot Leistungen unter seinem Selbstkostenpreis an. Ein tragfähiges neues Konzept ist für den ORH nicht erkennbar. Der Staat sollte sich aus dem Projekt zurückziehen.

Fördermittel für Berufshilfe wurden nicht zweckentsprechend verwendet (TNr. 29)

Staatsgelder verpufft?

Werden Einrichtungen der Berufshilfe staatlich gefördert, müssen diese 25 Jahre für berufsbildende Maßnahmen genutzt werden. Die Realität sieht allerdings anders aus. Obwohl der ORH das Arbeitsministerium seit 1999 immer wieder darauf hingewiesen hat, ist bis zum Frühjahr 2009 nichts geschehen. Auch derzeit ist noch völlig offen, ob die nicht entsprechend eingesetzten Fördermittel zurückgezahlt werden.

Verwaltungsreform

Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums (TNr. 14)

Landwirtschaftsverwaltung: Weiter verschlanken!

Die drei Bereiche (Landwirtschaft, Forst und Ländliche Entwicklung) müssen konsequent weiter zusammengeführt werden. Dies gilt sowohl für das Landwirtschaftsministerium als auch für die nachgeordnete Verwaltung. Außerdem ist beim Aufgabenabbau deutlich mehr Nachdruck nötig! Abgebaut wurden bislang in erster Linie Beratungsaufgaben.

Regierungen und Gewerbeaufsichtsämter (TNr. 15)

Regierungen: Der Abbau von "Kleinstaufgaben" bringt nicht viel!

Das Ziel „Stellenabbau durch Aufgabenabbau“ ist auch bei den Regierungen noch lange nicht erreicht. Zwar wurden 70 Aufgaben abgebaut, das führte aber nur zur Einsparung von knapp 150 Stellen. Weitere 600 müssen noch abgebaut werden. Dies kann nur gelingen, wenn auch größere Aufgabenfelder zur Disposition gestellt werden.

Landespolizei (TNr. 16)

Polizei: 25 % weniger Verwaltungsaufwand? Ziel verfehlt!

Ziel der Polizeireform war es, die Organisation massiv zu straffen und den Verwaltungsaufwand um 25 % zu verringern. Es sollten 600 Stellen freigesetzt und damit „mehr Polizei auf die Straße“ gebracht werden. Die Umsetzung der Reform sieht allerdings anders aus:

- Eine Verringerung des Verwaltungsaufwands konnte der ORH nicht feststellen.
- Nur ein Bruchteil der 600 Stellen wurde frei.
- Den betroffenen Polizeibeamten wurde eine „Immobilitätsgarantie“ zugesagt. Das wirkt sich effizienzmindernd aus.

Ergebnis

Industrie- und Handelskammern dürfen geprüft werden (TNr. 30)

Entscheidung nach 4 Jahren Rechtsstreit durch 3 Instanzen!

Die IHK Schwaben wollte es zwar nicht wahrhaben, aber nun steht es fest: Als öffentlich-rechtliche Einrichtungen müssen sich auch die Industrie- und Handelskammern vom ORH prüfen lassen. Dieser kann dann feststellen, ob auch dort die Mittel wirtschaftlich und sparsam verwendet werden.